

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Fritz Schumann (Kroppenstedt)
und der Gruppe der PDS/Linke Liste
— Drucksache 12/5751 —**

Anzeigen der Bundesregierung zur Arbeit in den neuen Ländern

Wir begrüßen, daß die Bundesregierung Anzeigen mit dem Titel: „Unsere gemeinsamen Ziele: Arbeit und ...“ schaltet. Die am 17. September 1993 in der Berliner Zeitung erschienene ganzseitige Anzeige wird leider dem Titel nicht gerecht, weil u. a. unter der Überschrift „Investitionsschub schafft Arbeitsplätze“ die (um 6 315 Arbeitslose) gestiegene Zahl der Arbeitsvermittlungen gegenüber dem Vorjahr hervorgehoben wird,

- ohne eine Relation zu den 1 174 721 offiziell registrierten Arbeitslosen herzustellen;
- ohne zu erwähnen, daß die Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahr um 6 000 gestiegen ist;
- ohne zu erwähnen, daß die Anzahl der Arbeitsvermittlungen gegenüber dem Vormonat um 4 200 Arbeitslose abgenommen hat.

Statt dessen werden in der ganzseitigen Anzeige politisch motivierte Äußerungen zur angeblichen Höhe der Schulden der DDR in den Mittelpunkt gerückt.

Und das,

- obwohl die Bundesregierung eine Ermittlung des Vermögens der DDR ablehnt;
- der Wert allein der Grundstücke, die nur vom Bund aus dem Vermögen der DDR übernommen wurde, höher sein dürfte als die Summe, die jetzt als Schulden der DDR dargestellt wird;
- die Bundesregierung die öffentlichen Schulden der alten Bundesrepublik Deutschland seit der Übernahme der Regierungsverantwortung 1982 von damals 600 Mrd. DM bis zur Vereinigung um mehr als 400 Mrd. DM erhöhte.

Vorbemerkung

Die Bundesregierung weiß es zu schätzen, daß die Fragesteller die Schaltung dieser Anzeigen begrüßen. Um so mehr bedauert sie die in der Kleinen Anfrage enthaltenen offenbaren Mißverständnisse und Unterstellungen.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Staatssekretärs des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 12. Oktober 1993 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Bereits im Einleitungstext der Anzeige wird klar gesagt, daß es beim Solidarpakt um Arbeit geht, „gerade auch dort, wo Arbeitsplätze hunderttausendfach fehlen“. Der Zusammenhang zu den Arbeitslosenzahlen ist somit deutlich hergestellt. „Hunderttausendfach“ bezieht sich dabei auf die Region, in der die Anzeige erschienen ist. Offenbar wurde übersehen, daß die Anzeigen auf das jeweilige Bundesland und seine Probleme und nicht auf die Gesamtheit aller neuen Bundesländer abgestellt sind.

Die Fragesteller erwarten von der Bundesregierung, daß sie bei der Zahl der Arbeitslosen den Vergleich mit dem Vorjahr, bei der Zahl der Vermittlungen dagegen den Vergleich mit dem Vormonat anstellt.

Die Bundesregierung hält einen solchen Wechsel in den Bezugsgrößen, je nach Argumentationsbedarf, für nicht zulässig, hat ihn deshalb auch nicht vorgenommen. Bei der Zahl der Vermittlungen in Arbeit ist wegen der starken saisonalen Einflüsse allein der Vergleich mit dem Vorjahresmonat aussagekräftig, wie ihn die Anzeige unter Berufung auf den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit anstellt.

Vollends unverständlich sind die Ausführungen zu den „Schulden der DDR“. Die Anzeige beschäftigt sich nicht mit den Staatsschulden. Sie verweist aber mit Recht auf die verheerenden Folgen einer verfehlten Planwirtschaft, nämlich auf die maroden Betriebe, verfallenden Häuser und Städte und die verdorbenen Böden und Gewässer. Dies ist die „Erblast“, die alle Deutschen solidarisch zu tragen haben.

1. Wie ist die Finanzierung von Anzeigen mit Auffassungen von Parteien mit Geldern aller Steuerzahler möglich?

In seinem Urteil vom 2. März 1977 hat das Bundesverfassungsgericht staatliche Öffentlichkeitsarbeit nicht nur für zulässig, sondern für notwendig erklärt. Es hat in diesem Urteil auch ausgeführt: „Im Mehrparteienstaat des Grundgesetzes versteht es sich, daß die politischen Zielvorstellungen der Bundesregierung und der sie tragenden Partei oder Parteien sich zwar nicht in allen Einzelheiten, aber doch ganz überwiegend decken“. Klarer kann auch die Bundesregierung die Antwort auf die Frage nicht formulieren.

2. Wie sind u. a. folgende Aussagen in der Anzeige zu verstehen:
 - „Die Ostkonjunktur kommt in Fahrt“ wird dadurch belegt, daß ein Wachstum von 6,8 Prozent im vergangenen Jahr und mindestens 5,5 Prozent in diesem Jahr angeführt werden.
Rechnet die Bundesregierung mit sinkenden Wachstumsraten in den neuen Ländern?
 - Der ICE verkehrt seit Sommer dieses Jahres zwischen „Potsdam und Braunschweig“?
 - Die Menschen können jetzt im Supermarkt „frei wählen“?

Die Bundesregierung rechnet damit und konzentriert ihre Anstrengungen darauf, daß das Wirtschaftswachstum in den neuen Ländern für viele Jahre erheblich über dem in den westlichen Bundesländern liegt. Die Anzeige thematisiert die erheblichen Anstrengungen, die hierfür angesichts einer derzeit lahmenden Konjunkturentwicklung in Europa und fast weltweit erforderlich sind. Dazu gehört u. a. die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, für die der ICE auf Strecken der „Reichsbahn“ nur ein Beispiel von vielen ist.

Der Satz über die „freie Wahl“ im Supermarkt ist in der Anzeige sehr gut verständlich, wenn man ihn nicht so verkürzt, wie dies in der Frage geschieht. Der Satz in der Anzeige lautet: „Denn meist wissen sie (d. h. die Bürger in den neuen Ländern), was es heißt, frei wählen zu dürfen – und das nicht nur im Supermarkt.“

3. a) Was kostete diese Anzeige in der Berliner Zeitung?
- b) Erschien oder erscheint diese oder eine ähnliche Anzeige in anderen Zeitungen?
- c) Wenn ja, welche Kosten sind insgesamt entstanden?

Die Anzeige in der „Berliner Zeitung“ kostete 16 594,04 DM zuzüglich MwSt.

Im Rahmen seiner Informationspflicht hat das Presse- und Informationsamt am 17./22./30. September 1993 in regionalen Tageszeitungen und Anzeigenblättern der neuen Bundesländer je eine redaktionell gestaltete Anzeigenseite zum Solidarpakt geschaltet. Auf diese Weise konnten die abstrakten Bestandteile des Solidarpakts auf einer verständlichen, lebensnahen und regionalisierten Ebene dargestellt werden.

Die Gesamtkosten für drei Anzeigenseiten in den Tageszeitungen belaufen sich auf 1 468 216 DM zuzüglich MwSt, die Kosten in den Anzeigenblättern auf 996 445 DM zuzüglich MwSt.

4. Wie groß sind die von der Bundesregierung für solche Zwecke vorgesehenen Ausgaben insgesamt, und wieviel soll für Anzeigen ausgegeben werden?

Für Informationsmaßnahmen zum Solidarpakt sind im Nachtragshaushalt bei Kapitel 04 03, Titel 536 03 10 Mio. DM bewilligt worden. Unter Berücksichtigung der allgemeinen Haushaltsperre standen 9,4 Mio. DM zur Verfügung. Von diesem Betrag werden bzw. wurden für Anzeigen verwendet:

- | | |
|----------------------------|--|
| 1. 2 710 373 DM incl. MwSt | Anzeigen zum Solidarpakt in Tageszeitungen (Apfel-Motiv) |
| 2. 2 834 360 DM incl. MwSt | Redaktionelle Anzeigen zum Solidarpakt in Tageszeitungen und Anzeigenblättern (Endabrechnung liegt noch nicht vor) |

- | | | |
|----|----------------------|--|
| 3. | 30 000 DM incl. MwSt | Redaktionelle Anzeige und Anzeige in der Sonderveröffentlichung „Blickpunkt neue Bundesländer“ |
| 4. | 920 DM incl. MwSt | Anzeige im „Topographischen Straßenatlas“ |
| 5. | 5 522 DM incl. MwSt | Anzeige im „Einkaufsführer Ost“ |